



Ein Pickts reicht.

Foto plainpicture/B. Jaubert

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) ruft ein neues Zeitalter aus: die Welt des nachhaltigen Wirtschaftens.* Um diese Welt zu erreichen muss eine „Große Transformation“ erfolgen, die an Veränderungsumfang der industriellen Revolution oder der „neolithischen Revolution“ nicht nachsteht. Die neolithische Revolution des Übergangs zur Agrarwirtschaft und Sesshaftigkeit vollzog sich im Verlauf mehrerer Jahrtausende. Die industrielle Revolution erstreckte sich letztlich über mindestens anderthalb Jahrhunderte und ist in großen Teilen der Dritten Welt bis heute nicht vollzogen. Die vom WBGU propagierte Große Transformation soll innerhalb von zwanzig Jahren stattfinden. Sie soll zudem – im Gegensatz zu den beiden anderen großen Revolutionen – bewusst geplant sein durch den „gestaltenden Staat“.

Es geht um die Verhinderung des Klimawandels, der andernfalls von Menschen verursachte katastrophale Folgen für unsere Nachkommen hätte. Nur durch eine drastische Senkung der von Menschen bewirkten Treibhausgas-Emissionen kann die Klimaerwärmung auf zwei Grad Celsius beschränkt werden. Will man dieses Ziel erreichen, so kann die Menschheit kumulativ in den nächsten Jahrzehnten nicht mehr als 750 Gigatonnen CO₂-Äquivalent emittieren. Das ist das rund Zwanzigfache der gegenwärtigen Jahresemission. Diese aber steigt zurzeit noch weiter an, so dass man von einer maximal zwanzigjährigen „Reichweite“ des herkömmlichen Zeitalters der kohlenstoffbasierten Wirtschaftsweise ausgehen kann. Vor uns liegt damit in der Tat ein gewaltiges Umsteuern der Weltwirtschaft, eine Transformation, die ohne Zweifel diesen Namen verdient.

Das Erstaunliche an der These des Beirats ist indessen die Behauptung, es handle sich um eine Transformation oder „Revolution“ von ähnlichem Ausmaß wie die der industriellen Revolution oder der neolithischen Revolution. Der WBGU nennt zum Vergleich Transformationen „mittler Reichweite“, die sozusagen um eine Größenordnung geringer sind als die hier avisierte „Große Transformation“. Hier nennt er als Beispiele die Abschaffung der Sklaverei, den Prozess der europäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg, die „Grüne Revolution“ in der Dritten Welt der sechziger und siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts, das Weltab-

gibt ein historisches Ereignis, dessen führende Akteure sich ebenfalls als Träger einer derartig fundamentalen Umwälzung gesehen haben. Es ist dies die russische proletarische Revolution von 1917 unter der Führung des bolschewistischen Flügels der Kommunistischen Partei mit ihrem charismatischen Chef Wladimir Lenin. Über die Zeit von sieben Jahrzehnten hat die Führung des auf dieser Revolution aufbauenden Sowjet-Imperiums den Anspruch erhoben, die Menschheit in ein völlig neues Zeitalter zu führen, in ein weltumspannendes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet und eine Welt herstellt, wie sie besser nicht sein könnte. Wir wissen, was uns die Geschichte zu dieser Ankündigung einer Fundamental-Transformation gelehrt hat. Nachdem man sich von den brutalsten Me-

Von Hayek stammte die Formel von der „Anmaßung von Wissen“. Ein Paradebeispiel dieser Anmaßung war ebendas System der zentral geplanten Volkswirtschaft. Aber es gab auch zahlreiche Beispiele in der westlichen Welt, vor allem dort, wo gescheite Wissenschaftler behaupteten, zu wissen, was zu tun ist, um die Welt zu verbessern, wo sie in ihrer Selbstüberschätzung den der Wissenschaft eignen Skeptizismus vergessen. Ich gestehe, dass mir diese Hayeksche Formel ständig durch den Kopf gegangen ist, als ich das Gutachten über die „Große Transformation“ las.

Natürlich ist schon der Anspruch der Autoren irritierend, hier als Erste in der Weltgeschichte eine Revolution auszurufen, die binnen zwanzig Jahren die Welt tiefer gehend verändern soll als alles, was zuvor selbst in hundert Jahren an Ände-

er Quadratur des Kreises gleich; sie muss aber die zentrale Aufgabe einer Selbstmodernisierung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Akteure sein.“ Der Mathematiker Ferdinand von Lindemann hat 1882 bewiesen, dass die Quadratur des Kreises unmöglich ist. Somit will der Beirat, was die Staatsform betrifft, das Unmögliche. Jetzt versteht man auch, warum der WBGU von der „Großen Transformation“ spricht. Denn die Welt muss sich natürlich bis hin zu den Regeln der Logik und Mathematik fundamental verändern, ehe das logisch Unmögliche doch möglich wird.

Das seltsame Demokratieverständnis des Beirats kommt auch in manchen Detailvorschlägen zum Ausdruck. Es ist ja eine althergebrachte Schwäche des europäischen Einigungsprozesses seit dem Zweiten Weltkrieg, dass den Brüsseler Be-

kerkraftwerke gerade nicht vom Netz zu nehmen? Und was hat es mit mehr Demokratie und Bürgerpartizipation zu tun, wenn man politische Entscheidungen immer weiter zentralisiert?

Der WBGU propagiert unter vielen anderen Vorschlägen die Einrichtung einer Kammer, die mit Hilfe des Losverfahrens aus der Bürgerschaft ausgewählt wird. Diese Kammer soll mit bestimmten Entscheidungskompetenzen ausgestattet sein und eine Art Repräsentanz der Interessen künftiger Generationen darstellen. Das Losverfahren wird damit begründet, dass sich damit die Einbindung der Abgeordneten in heute vorherrschende Interessengruppierungen verhindern oder abbildern lässt, in denen die heute etablierten Stakeholder des Status quo ein ungehörlich starkes Gewicht besitzen. Ich stehe diesem Vorschlag zwar skeptisch gegenüber; aber

das als totalitär ablehnt, was gern als „Politik aus einem Guss“ propagiert wird. Genau für eine solche Politik aus einem Guss setzt sich der Beirat jedoch ein. Der gestaltende Staat für eine Politik aus einem Guss! Karl Popper und Friedrich August von Hayek würden sich im Grabe umdrehen, wenn sie dies als hochoffizielles Rezept für eine neue Form der Demokratie zu hören bekämen.

Ist aber die Denkfigur der „Großen Transformation“ die richtige Antwort auf das Klimaproblem? Das bezweifle ich sehr – schon aus Argumenten heraus, die ebenfalls Eingang in das Gutachten gefunden haben. Der WBGU propagiert die Einführung eines adäquaten Preises für die klimaschädliche Emission von CO₂ und anderen Treibhausgasen. Er schätzt die langfristigen Kosten einer globalen „De-karbonisierung“ der Energiesysteme auf wenige Prozentpunkte des Weltsozialprodukts (BIP). Bei dieser Abschätzung wird ein Wachstum des weltweiten BIP von jährlich 2 bis 3 Prozent vorausgesetzt. Das heißt: Gäbe es das Klimaproblem nicht, dann wäre der Lebensstandard der Welt dem Lebensstandard nach der Großen Transformation ein bis zwei Jahre voraus.

Carl Christian von Weizsäcker

Die Große Transformation: ein Luftballon

Bedarf der Übergang in eine Weltwirtschaft, die den Klimaschutz beachtet, einer Umwälzung ähnlicher Größe wie die industrielle Revolution? Das behauptet der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen. Seine Vorschläge sind widersprüchlich und offenbaren ein seltsames Demokratieverständnis.

thoden des gestaltenden Stalin-Staates verabschiedet hatte, geriet man in eine letztlich aussichtslose Sackgasse völliger Stagnation, die mit dem Zusammenbruch dieses welthistorischen Lehrstücks enden musste und endete.

Dieses Mal nun ganz anders? Demokratisch, freiheitlich und erfolgreich? Das Gutachten des WBGU ist ein Plädoyer von 420 Seiten dafür, dass diese „Große Transformation“ notwendig und möglich sei. Hier kann ich auf viele interessante Details dieses Plädoyers nicht eingehen. Wenn man das Ganze gelesen hat, weiß man, dass es viele Wiederholungen enthält, die darauf beruhen, dass man auf mehreren Ebenen argumentiert. So ist auch der strategische Ansatz, den der WBGU für die Klimapolitik vorschlägt, ein „Mehrebenen-Ansatz“: Alles muss anders werden; so auch die Wissenschaft. „Folgt man ... , dann müssen sich nicht nur Produktions- und Konsumgewohnheiten verändern, sondern auch Anreizsysteme, Institutionen, normative Maximen und Wissenschaftsdisziplinen (allen voran die Wirtschaftswissenschaften).“ Und so zitiert man einen der herausragenden Vertreter der Wirtschaftswissenschaften, nämlich John Maynard Keynes, der gesagt hat: „Die Schwierigkeit ist nicht, neue Ideen zu finden, sondern den alten zu entkommen.“ Keynes hat in der Tat genau das für die Wirtschaftswissenschaften erfolgreich versucht. Ist somit heute ein neuer Keynes gesucht, ein „Klima-Keynes“?

Friedrich August von Hayek war in der Zeit, als Keynes seine wichtigste Theorie entwickelte, sein großer Kritiker und Antipode. Er hat in derselben Zeit, den dreißiger Jahren, die wohlbegründete These entwickelt, dass das System der zentral geplanten Volkswirtschaft nicht überlebensfähig sei. Da er sehr alt geworden ist, hatte er noch zu seinen Lebzeiten die Genugtuung, den Zusammenbruch des Ostblocks zu erleben.

rungen stattgefunden hat. Es liegt nahe, den demokratischen Anspruch dieser so selbstsicheren Wissenschaftler genauer zu untersuchen. Es geht dem Beirat darum, die Bevölkerung auf der Reise in die Große Transformation mitzunehmen, sie aktiv an diesem Geschehen partizipieren zu lassen, um es damit auch zu legitimieren.

Indessen gibt es hier eine Nebenbedingung, die in folgendem Zitat zum Ausdruck kommt: „Die kolossale Herausforderung für die Modernisierung repräsentativer Demokratien besteht nun darin, zur Gewinnung von zusätzlicher Legitimation mehr formale Beteiligungschancen zu institutionalisieren, diese zugleich aber an einen inhaltlichen Wertekonsens nachhaltiger Politik zu binden, damit ‚mehr Partizipation‘ im Ergebnis nicht zu ‚weniger Nachhaltigkeit‘ führt.“ In einfaches Deutsch übersetzt: „mehr Demokratie ja, aber nur soweit sie unseren Zielen nützt.“

Nun ist Demokratie und Bürgerpartizipation eine politische Verfassung, die die Form der Entscheidungen festlegt, nicht aber ihren Inhalt. Wir sprechen nicht eigentlich von Demokratie, wenn die Weisen des Landes (modern: die Wissenschaftler) das Ergebnis vorgeben und dann dem Volk mitteilen: „ihr dürft entscheiden – allerdings nur, solange ihr euch richtig entscheidet. Andernfalls müssen wir euch um des Gemeinwohls willen eure Mitsprache wieder wegnehmen.“ Das Spielzeug „Demokratie“ wird dem Volk so lange überlassen, als es damit nicht Dinge tut, die es selbst oder andere gefährden.

Der WBGU sieht selbst, in welche Schwierigkeit er damit gerät. Er sieht das Dilemma, dass einerseits die Legitimierung seiner Ziele „mehr Demokratie“ erfordert, dass aber andererseits mehr Demokratie auch Entscheidungen mit sich bringen kann, die diesen Zielen widersprechen. So heißt es denn auf derselben Seite: „Die Auflösung dieses Dilemmas kommt

schlüssen jeweils ein Entscheidungsverfahren vorausgesetzt, das an einem massiven Demokratiedefizit leidet. Nun schlägt der WBGU zum Zweck der Beförderung seiner klimapolitischen Ziele vor, das gesamte Ressort „Energiepolitik“ in die Zuständigkeit der Europäischen Union zu legen.

Wie muss man sich das vorstellen? Soll nun der Europäische Rat darüber entscheiden, dass alle Kernkraftwerke in der EU abgeschaltet werden? Und dies gegen den Willen Frankreichs? Oder soll umgekehrt der Europäische Rat aus klimapolitischen Gründen Deutschland aufgeben, seine

solche Vorschläge müssen ernsthaft diskutiert werden. Jedenfalls aber sind sie Ausdruck eines abgrundtiefen Misstrauens in die Mechanismen der parlamentarischen Demokratie oder auch der direkten Demokratie nach Schweizer Muster.

Das Erfolgsgeheimnis der Demokratie der vergangenen beiden Jahrhunderte ist ganz wesentlich damit verbunden, dass die Bevölkerung trotz aller Parteilagen und Interessengegensätze in ein Ganzes integriert wird. Dies gelingt trotz Mehrheitsprinzip dadurch, dass die jeweilige Opposition, die jeweilige Minderheit hoffen kann, später an die Macht zu kommen, später zur Mehrheit zu gehören. Somit erliegt sie nicht der Versuchung, ihre Interessen mit gewaltsamen Mitteln zu erstreiten. Daher vermag es der funktionierende demokratische Staat, das Gewaltmonopol aufrechtzuerhalten, weil die Anwendung von nicht-staatlicher Gewalt in den Augen der ganz überwiegenden Mehrheit keine Legitimität besitzt.

Es gehört zum Wesen dieser Integrationsfunktion der Demokratie, dass exekutive und legislative Entscheidungen der Politik für den Fall umkehrbar bleiben, dass sie einer geänderten Mehrheitsauffassung nicht mehr entsprechen. Dies entspricht auch dem Gedanken der „offenen Gesellschaft“, wie sie Karl Popper als Antwort auf den Totalitarismus des zwanzigsten Jahrhunderts propagiert hat. Ihr entspricht das Prinzip des „Trial and Error“, des „piecemeal Engineering“, des Inkrementalismus, der weitgehenden Reversibilität von politischen Entscheidungen. Auf Seite 205 gibt es auch vom WBGU zumindest ein Lippenbekenntnis: „Nur eine offene, demokratische Gesellschaft ist in der Lage, die Art von Kreativität und Innovation zu entwickeln, die die Transformation erfordert.“ Folgt man jedoch Poppers Überlegungen, dann ist seine Charakterisierung der offenen Gesellschaft eine, die

Politik aus einem Guss – Karl Popper und Friedrich von Hayek würden sich im Grab umdrehen.

Im Jahre 2050 ergibt sich nach der Großen Transformation ein Welt-Lebensstandard, der sich ohne Klimaproblem schon im Jahre 2048 ergeben würde.

Mit genau solchen Zahlen argumentierte vor einem halben Jahrzehnt der Ökonom Nicholas Stern, um damit die Welt davon zu überzeugen, dass es sinnvoll, weil viel preiswerter ist, den Klimawandel zu verhindern, als ihn geschehen zu lassen und sich ihm anzupassen. Und genau damit hatte er in der Politik Erfolg. Genau deshalb hat die Klimapolitik in den vergangenen Jahren einen solchen Auftrieb erhalten. Genau deshalb kann man heute mit den Vereinigten Staaten, China, Indien und Brasilien vernünftige Gespräche über die Klimapolitik führen.

Damals ging es also einfach darum, einen Preis zu ändern, den von CO₂ und anderen Treibhausgasen. Damit, so konnte man Stern lesen, waren die externen Effekte der Treibhausgas-Emissionen internalisiert, und es konnte auf den Märkten das Nötige zur Umstrukturierung der Weltwirtschaft auf einen nachhaltigen Pfad geschehen. Wenige Prozentpunkte des weltwirtschaftlichen Wohlstands waren involviert. Was ist dann aber die „Große Transformation“?

Natürlich ist der Übergang in eine Weltwirtschaft, die den Klimaschutz beachtet, eine große Aufgabe. Aber diese ökonomischen Überschlagsrechnungen geben doch ein anderes Bild als das „Narrativ“ der Großen Transformation. Es ist nicht plausibel, wenn gesagt wird, dass der Klimaschutz an den herkömmlichen Formen demokratischer Willensbildung scheitert, dass aber andererseits der Kostenpunkt des Problems so geringfügig ist, wie im WBGU-Gutachten selbst dargestellt. Aus der Sicht des Ökonomen ist das Gutachten daher zutiefst widersprüchlich. Vielleicht ist es dieser Denkstil der Ökonomen, der die WBGU-Autoren veranlasst, die vorherrschende Analyse der Wirtschaftswissenschaften als einen Anachronismus anzusehen. Niemand mag es gern, wenn ihm sein so schön aufgeblasener Luftballon mit einem kalkulierenden Nadelstich zum Platzen gebracht wird, wenn danach „die Luft raus“ ist.

„Der Text bezieht sich auf das WBGU-Hauptgutachten 2011: Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin 2011

Die „Große Transformation“ soll bewusst geplant sein durch den „gestaltenden Staat“.

kommen zum Schutz der Ozonschicht, die IT-Revolution der vergangenen Jahrzehnte sowie die Struktur Anpassungsprogramme der Weltbank und anderer internationaler Organisationen nach der lateinamerikanischen Schuldenkrise um das Jahr 1980 herum. Ohne hier auf die Bedeutung dieser jeweiligen Transformationen einzugehen, ist jedenfalls festzuhalten, dass die Akteure in all diesen „Revolutionen“ sich nie mit der industriellen Revolution oder neolithischen Revolution verglichen haben. Aber natürlich haben auch die Akteure der industriellen Revolution sich selbst nie als Teil einer derart fundamentalen Umwälzung angesehen, wie es die Zunft der Historiker dann im Nachhinein getan hat.

So scheint der WBGU nun als Erster in der Weltgeschichte zu einer fundamentalen Umwälzung von der Größenordnung der industriellen Revolution aufzurufen. Oder vielleicht doch nicht als Erster? Es

Der Autor



Carl Christian von Weizsäcker hat von 1989 bis 1998 die Monopolkommission geleitet. Seit seiner Emeritierung am Energie-wirtschaftlichen

chen Institut der Universität Köln arbeitet der Ökonom am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern in Bonn. Nachdem der gebürtige Berliner in jungen Jahren auf die Schillerschen Rezepte der Globalsteuerung vertraute, wandelte er sich zum Skeptiker gegenüber Eingriffen in den Wettbewerb. In der öffentlichen Debatte weiß er zu provozieren – jüngst etwa mit der These, der Abbau der Staatsverschuldung in Deutschland sei falsch. (hig.)